

Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft nach dem empirica-Konzept

- Referenzliste -

Ansprechpartner:

Petra Heising, Arthur Rachowka, Jana Süße, Lukas Weiden

Projektnummer:
2018056

Datum:
März 2018

Büro:
Bonn

empirica ag
Kurfürstendamm 234
10719 Berlin
Tel. (030) 88 47 95-0
Fax. (030) 88 47 95-17

Zweigniederlassung Bonn
Kaiserstr. 29
53113 Bonn
Tel. (0228) 91 48 9-0
Fax (0228) 21 74 10

1. Das empirica-Konzept

Kommunen können mit verschiedenen Konzepten Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft herleiten. Das empirica-Konzept zeichnet sich durch seine **Einfachheit und Aktualität** aus: Die *aktuellen* Miethöhen *verfügbarer* Wohnungen werden in ihrer Bandbreite dargestellt und über die Wahl einer Mietobergrenze wird ein Teil davon auch Bedarfsgemeinschaften zugänglich gemacht. Damit ist gewährleistet, dass zu diesen Mieten (1.) angemessene Wohnungen verfügbar sind und (2.) gehobener Wohnstandard ausgeschlossen wird. Mehr ist unserer Erfahrung nach nicht erforderlich, um die Kosten der Unterkunft auf ein angemessenes Maß zu beschränken. Auch die Häufigkeit, mit der Aktualisierungen in Auftrag gegeben werden, zeigt uns, dass Kommunen mit den einfach ermittelten Richtwerten gut arbeiten können: Wir haben einschließlich der Aktualisierungen bereits weit über 100 KdU-Gutachten nach dem empirica-Konzept erstellt (siehe Auflistung unten).

Bei den Aktualisierungen des empirica-Konzepts handelt es sich nicht um einfache Index-Fortschreibungen, sondern um komplette Neuauswertungen der aktuellen Mieten wie bei der Erstauswertung. Auch Aktualisierungen schaffen **Transparenz über das Mietspektrum anmietbarer Wohnungen**. Ein Vergleich der neuen mit der alten Mietenkurve zeigt auf einen Blick, ob und wie sich die Mieten seit der letzten Auswertung verändert haben. Daran lässt sich leicht ablesen, ob und wie die Mietobergrenze angepasst werden muss, damit weiterhin der gleiche Anteil der verfügbaren Wohnungen anmietbar ist. Bei konstanten Mieten ändert sich durch die Aktualisierung nichts.

Das Verfahren ist durch diese Einfachheit transparent, zielführend und aktuell bis zum letzten Quartal. Die wichtigsten Daten liegen bei empirica bereits vor. Eine Zusammenarbeit der Leistungsträger zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Nettokaltmieten ist möglich, aber nicht erforderlich. Die Herleitung von KdU-Mietobergrenzen ist für eine kreisfreie Stadt ab **8.500 Euro netto** möglich (ab 4.250 Euro netto für eine Aktualisierung). Die Bearbeitung inkl. Berichtserstellung dauert **sechs bis acht Wochen**. Kommunen, die mit den empirica-Richtwerten arbeiten, kommen in der Praxis gut damit zu Recht (Kap. 2.3). Sozialgerichte haben das empirica-Konzept bestätigt (Kap. 2.2). Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung lassen sich offensichtlich auch **ohne komplizierte Formeln** ermitteln.

2. Erfahrungen mit der Umsetzung

2.1 Inhaltlicher Austausch mit Sozialrichtern

Zur Erläuterung der Funktionsweise von Wohnungsmärkten und Möglichkeiten zur Herleitung von Angemessenheitskriterien war empirica bereits im Jahr 2008 mit Referenten auf einer Richterschulung beim Landessozialgericht NRW tätig. empirica steht immer wieder in Austausch mit Sozialrichtern auf Ebene der Sozialgerichte, der Landessozialgerichte und des Bundessozialgerichts. Sozialgerichte benennen empirica-Mitarbeiter zu Sachverständigen über die aktuelle Mietpreisentwicklung im unteren Wohnungsmarktsegment und bitten um Sonderauswertungen der empirica-Preisdatenbank im Rahmen von Sozialgerichtsfällen. empirica wurde mehrfach als Referent zum Thema auf Tagungen unter Beteiligung von Bundessozialrichtern angefragt, u.a. vom Deutschen Sozialgerichtstag, vom Niedersächsischen Landkreistag, vom Arbeitsministerium Schleswig-Holstein und vom Deutschen Städtetag. Von Dezember 2015 bis Juni 2017 war Petra Heising (empirica) Mitglied der AG „Unterkunftsbedarfe“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V, die zum Ziel hatte, dass Bundesgerichte, Bundesministerien, kommunale Leistungsträger und private Institute gemeinsam Parameter zur Deckung der Unterkunftsbedarfe gemäß SGB II und SGB XII beschreiben und entsprechende Empfehlungen erarbeiten. empirica beteiligt sich zudem an Forschungsvorhaben zum Thema, insbesondere an Vorschlägen zur Vereinfachung.¹

Sozialrichter hielten das Vorgehen im Rahmen des empirica-Konzepts schon im Jahr 2011 für sinnvoll:



„Zu beachten ist, dass anders als noch in früheren Jahren mittlerweile unabhängige Beratungsunternehmen wie zB. das **empirica-Institut** (www.empirica-institut.de) umfangreiche Wohnungsmarktbeobachtungen vorgenommen und in Regionaldatenbanken so aufbereitet haben, dass dort relevantes Datenmaterial (...) abgerufen werden kann. (...)

Dieser Rückgriff dürfte sich bereits deshalb ohnehin anbieten, weil bei den Beratungsunternehmen nicht nur lediglich eine Ansammlung von Daten, sondern auch bereits deren Auswertung unter Beachtung eines nach Auffassung des Leistungsträgers **schlüssigen Konzepts** abgefragt werden kann. Der vom Leistungsträger zu betreibende Aufwand verringert sich dadurch wesentlich. (§22 Rn44).“²

¹ Vgl. z.B. BBSR-Berichte KOMPAKT 02/2014, KdU-Richtlinien: Werkstattberichte aus der Praxis: www.empirica-institut.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Referenzen/PDFs/BBSR_Werkstattbericht_Kdu_Konzepte_DL_2_2014.pdf

² Löns/Herold-Tews, SGB II Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kommentar mit Checklisten und Prüfschemata, 3. Auflage, München 2011.

2.2 Sozialgerichtliche Bestätigungen aus verschiedenen Bundesländern

Das empirica-Konzept zur Herleitung von KdU-Richtwerten wurde bereits 2008 entwickelt und wird inzwischen in mehr als 1.000 Kommunen in rd. 40 Landkreisen und kreisfreien Städten verwendet. Die nachfolgende Referenzliste zeigt eine Auswahl von Landkreisen und Städten, die schon länger mit unseren Richtwerten arbeiten. Alle Beteiligten sind mit den ermittelten Werten sehr zufrieden und offensichtlich auch die Bedarfsgemeinschaften selbst. Denn die *Zahl der Sozialgerichtsverfahren* ist vielerorts nach Einführung unserer Richtwerte *messbar zurückgegangen*. Das spricht für unser Konzept.

Die geringe Klagequote führt auch dazu, dass sich bisher erst wenige Sozialgerichte zum empirica-Konzept äußern konnten: Obwohl das Konzept seit fast zehn Jahren verwendet wird, liegen uns bisher erst von wenigen Sozialgerichten Entscheidungen dazu vor, darunter erst zwei Landessozialgerichte.

NRW

Das **Landessozialgericht NRW** hat am 15.5.2017 bestätigt, dass das empirica-Konzept im Rahmen der hier möglichen Prüfungsdichte „den Anforderungen an ein ‘schlüssiges Konzept’ nach der Rechtsprechung des BSG“ genügt (L 17 AS 772/17 B ER).

Das **Sozialgericht Duisburg** hat am 14.7.2017 geurteilt, „dass die Beklagte insbesondere unter Heranziehung des empirica-Gutachtens ein schlüssiges Konzept (...) vorgelegt hat.“ (S 17 AS 6/17).

Das **Sozialgericht Düsseldorf** bestätigt am 29.12.2015: „Das von der Firma empirica erstellte ‚schlüssige Konzept‘ genügt (...) den Anforderungen, die die Kammer in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes an die Ermittlung von Mietobergrenzen und sich daraus ergebende Gewährung der Kosten der Unterkunft stellt.“ (S 43 AS 2153/13).

Das **Sozialgericht Köln** hat am 15.10.2015 das empirica-Konzept als ein „schlüssiges Konzept im Sinne der Rechtsprechung des BSG“ bezeichnet (S 17 AS 3680/10).

Das **Landessozialgericht NRW** hat am 26.3.2014 das Vorgehen im Rahmen des empirica-Konzepts akzeptiert und lediglich zwei Änderungswünsche angebracht (zur Abgrenzung der Wohnungsgrößenklassen und des unteren Wohnungsmarktsegments, vgl. L 12 AS 1159/11 Protokoll).

Sachsen

Das **Landessozialgericht Sachsen** hat am 1.6.2017 geurteilt: „Die vom Beklagten festgelegte Mietobergrenze für den Vergleichsraum (...) erfolgte auf der Grundlage eines schlüssigen Konzepts“³ (L 7 AS 917/14).

³ Das Prüfschema des LK Leipzig sieht hier vor, dass die von empirica ermittelte angemessene Nettokaltmiete (zzgl. der kalten Nebenkosten) nur zum Tragen kommt, solange nicht wenigstens 80% der im Bestand des Leistungsträgers befindlichen Wohnungen je Wohnungsgrößenklasse und Vergleichsraum eine höhere Bruttokaltmiete (Nettokaltmiete zzgl. Nebenkosten) aufweisen, was im Streitfall nicht der Fall war.

	Das Sozialgericht Leipzig hat am 24.9.2013 einen von empirica ermittelten Richtwert für die Nettokaltmiete als „nach einem schlüssigen Konzept ermittelt“ bezeichnet (S 23 AS 2794/13 ER).
Schleswig-Holstein	Das Sozialgericht Schleswig hat am 11.2.2016 das empirica-Konzept als „gemessen an den Anforderungen des BSG schlüssig“ bezeichnet (S 25 AS 206/15 ER). Das Sozialgericht Schleswig hat auch am 8.12.2015 das empirica-Konzept „gemäß den Anforderungen des BSG schlüssig“ bezeichnet (S 24 AS 202/15 ER).
Niedersachsen	Die 29. Kammer des Sozialgerichts Osnabrück hat am 15.12.2015 das empirica-Konzept als ein „schlüssiges Konzept“ bezeichnet (S 29 AS 535/13).
Bayern	Das Sozialgericht München hat das empirica-Konzept als schlüssig anerkannt.

2.3 Referenzliste

Als Nachweis, dass empirica-Richtwerte in der Praxis zielführend verwendbar sind, mögen vor allem die Aussagen der Kommunen dienen, die seit Jahren auf unser Konzept zurückgreifen. Auch die Häufigkeit, mit der sie Aktualisierungen beauftragen, zeigt, dass die Richtwerte des empirica-Konzepts zielführend und zweckmäßig sind.

- **Kreis Plön (Schleswig-Holstein):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Kreis Plön nach einem schlüssigen Konzept
Kreis Plön (2017 in Bearbeitung)
- ***Kreis Segeberg (Schleswig-Holstein):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Kreis Segeberg nach einem schlüssigen Konzept“;
Kreis Segeberg (2017)
- **Landkreis Kusel (Rheinland-Pfalz):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Kusel nach einem schlüssigen Konzept“,
Landkreis Kusel (2017)
- ***Stadt Dortmund (NRW):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII in Dortmund nach einem schlüssigen Konzept“,
Stadt Dortmund (2017, Aktualisierung 2018 in Bearbeitung)

- ***Stadt Mönchengladbach (NRW):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII in Mönchengladbach nach einem schlüssigen Konzept“, *Stadt Mönchengladbach (2016, Aktualisierung 2018 in Bearbeitung)*
- ***Bad Tölz-Wolfratshausen (Bayern):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen“, *Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen (2016)*
- ***Kreis Kleve (NRW):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Kreis Kleve“, *Jobcenter Kreis Kleve (2016, Aktualisierung 2017)*
- ***Landkreis Weimarer Land (Thüringen):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Weimarer Land nach einem schlüssigen Konzept“, *Landratsamt Weimarer Land (2015)*
- ***Landkreis Ebersberg (Bayern):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Landkreis Ebersberg“, *Landkreis Ebersberg (2015, Aktualisierung 2018 in Bearbeitung)*
- ***Landkreis Ludwigsburg (Baden-Württemberg):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Landkreis Ludwigsburg“, *Jobcenter Landkreis Ludwigsburg (2015, Aktualisierung 2016)*
- ***Rheinisch-Bergischer Kreis (NRW):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Rheinisch-Bergischen Kreis“, *Jobcenter Rhein-Berg (2015, Aktualisierung 2017)*
- ***Landkreis Heidenheim (Baden-Württemberg):** Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Landkreis Heidenheim; *Landratsamt Heidenheim (2015, Aktualisierung 2018 in Bearbeitung)*
- ***Kreis Nordfriesland (Schleswig-Holstein):** „Erstellung eines schlüssigen Konzepts zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII für den Kreis Nordfriesland“, *Kreis Nordfriesland (2015, Aktualisierung 2016, Aktualisierung 2017)*
- ***Landkreis Helmstedt (Niedersachsen):** „Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft (KdU) gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Landkreis Helmstedt“, *Landkreis Helmstedt (2015, Aktualisierung 2016)*

- ***Landkreis Oldenburg (Niedersachsen):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Oldenburg nach einem schlüssigen Konzept“;
Landkreis Oldenburg (2015, Aktualisierung 2016)
- ***Stadt Gelsenkirchen (NRW):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft (KdU) gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept in Gelsenkirchen“;
Stadt Gelsenkirchen (2014, Aktualisierung 2016)
- ***Landkreis Schaumburg (Niedersachsen):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Landkreis Schaumburg“;
Landkreis Schaumburg, Jobcenter (2014, Aktualisierung 2016)
- ***Landkreis Gifhorn (Niedersachsen):** „Wohnungsmarktgutachten zur Überprüfung der Angemessenheit von Unterkunftskosten im Landkreis Gifhorn“;
Landkreis Gifhorn (2014, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2016)
- ***Landkreis Osnabrück (Niedersachsen):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII nach einem schlüssigen Konzept im Landkreis Osnabrück“;
Landkreis Osnabrück, Jobcenter (2014, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2016, Aktualisierung 2017, Aktualisierung 2018 in Bearbeitung)
- ***Landkreis Oberallgäu (Bayern):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Oberallgäu“;
Landkreis Oberallgäu (2014, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2018 in Bearb.)
- ***Landkreis Nienburg/Weser (Niedersachsen):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Nienburg“;
Landkreis Nienburg (2014, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2018 in Bearb.)
- ***Landkreis Grafschaft Bentheim (Niedersachsen):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Grafschaft Bentheim“,
Landkreis Grafschaft Bentheim, Jobcenter (2014, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2016, Aktualisierung 2017)
- ***Landkreis Holzminden (Niedersachsen):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Holzminden“;
Landkreis Holzminden (2014, Aktualisierung 2016)
- ***Landkreis Unterallgäu (Bayern):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II für den Landkreis Unterallgäu“;
Landkreis Unterallgäu (2014, Aktualisierung 2016)

- ***Landkreis Mainz-Bingen (Rheinland-Pfalz):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Mainz-Bingen“;
Landkreis Mainz-Bingen (2013, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2017)
- ***Kreis Recklinghausen (NRW):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Bedarfe der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Kreis Recklinghausen“;
Kreis Recklinghausen (2013, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2016, Aktualisierung 2018 in Bearb.)
- ***Landkreis München (Bayern):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II im Landkreis München“,
Landkreis München (2013, Aktualisierung 2016)
- ***Landkreis Ravensburg (Baden-Württemberg):** Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII im Landkreis Ravensburg“,
Landkreis Ravensburg (2013, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2016, Aktualisierung 2017)
- ***Landkreis Lindau (Bayern):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II für den Landkreis Lindau (Bodensee)“;
Landkreis Lindau/Bodensee (2013, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2017)
- ***Kreis Viersen (NRW):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II / § 35 SGB XII im Kreis Viersen“;
Kreis Viersen (2012, Aktualisierung 2013, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2016)
- ***Stadt Mainz (Rheinland-Pfalz):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II für die Stadt Mainz“;
Stadt Mainz (2012 , Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2016, Aktualisierung 2018 in Bearbeitung)
- ***Landkreis Kulmbach (Bayern):** „Schlüssiges Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II für den Landkreis Kulmbach“;
Landratsamt Kulmbach (2012, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2016)
- ***Landkreis Ostallgäu (Bayern):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß §22 SGB II für den Landkreis Ostallgäu nach einem schlüssigen Konzept“;
Landratsamt Ostallgäu (2012, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2016)

- ***Stadt Krefeld (NRW):** „Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII für die Stadt Krefeld“;
Stadt Krefeld (2010, 2012, Aktualisierung 2013, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2016)
- ***Rhein-Neckar-Kreis (Baden-Württemberg):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien für Kosten der Unterkunft im Sinne des §22 SGB II für den Rhein-Neckar-Kreis“;
Rhein-Neckar-Kreis (2011, Aktualisierung 2013, Aktualisierung 2016)
- ***Landkreis Landsberg am Lech (Bayern):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien von Kosten der Unterkunft im Sinne des §22 SGB II für den Landkreis Landsberg am Lech“;
Landkreis Landsberg am Lech (2011, Aktualisierung 2013, Aktualisierung 2017)
- ***Landkreis Fulda (Hessen):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien für Kosten der Unterkunft im Sinne des § 22 Abs. 1 SGB II für den Landkreis Fulda“;
Landkreis Fulda (2010/2011, Aktualisierung 2012, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2017)
- ***Landkreis Weilheim-Schongau (Bayern):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien für Kosten der Unterkunft im Sinne des § 22 Abs. 1 SGB II für den Landkreis Weilheim-Schongau“;
Landkreis Weilheim-Schongau (2010, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2017)
- ***Landkreis Leipzig (Sachsen):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien für Kosten der Unterkunft im Sinne des § 22 Abs. 1 SGB II für den Landkreis Leipzig (insgesamt) und vier ausgewählte Kommunen (Grimma, Borna, Markkleeberg und Markranstädt)“;
Landkreis Leipzig (2010, Aktualisierung 2012, Aktualisierung 2014, Aktualisierung 2016)
- ***Ennepe-Ruhr-Kreis (NRW):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien für Kosten der Unterkunft im Sinne des §22 SGB II in den Gemeinden des Ennepe-Ruhr-Kreises“,
Ennepe-Ruhr-Kreis (2010, Aktualisierung 2011, Aktualisierung 2012, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2018 in Bearbeitung)
- **Stadt Magdeburg (Sachsen-Anhalt):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien für Kosten der Unterkunft im Sinne des §22 Abs. 1 Satz 1 SGB in Magdeburg“;
Stadt Magdeburg (2009)
- ***Rhein-Sieg-Kreis (NRW):** „Herleitung der Angemessenheitskriterien für Kosten der Unterkunft im Sinne des § 22 Abs. 1 SGB II in den Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises“;
Rhein-Sieg-Kreis (2009, Aktualisierung 2011, Aktualisierung 2013, Aktualisierung 2015, Aktualisierung 2017 in Bearbeitung)
- * Richtwerte gelten bereits.